



tees; in Kulsary trugen 300 Demonstranten den verängstigten Lokal-Funktionären ihre Reklamationen vor.

Überall auf der Mangyschlak-Halbinsel (über die der zur Zarenzeit dorthin verbannte ukrainische Dichter und Demokrat Taras Schewtschenko 1850 schrieb, sie sei „so traurig, daß man sich lieber erhängen möchte“) offenbarten die Proteste noch etwas anderes als nur Elend, Frust und Nationalitätenstreit. Die Empörung richtete sich vor allem gegen die Existenz eines wohlorganisierten Korruptionskartells von Kriminellen und Behördenchefs:

So trafen ganze Lieferungen von Lebensmitteln und Konsumgütern – wahrscheinlich mit Billigung der gut geschmierten Stadtväter und Versorgungs-Verantwortlichen – niemals in den Staatsläden von Nowy Usen ein. Sie wurden gleich in eine Reihe neugegründeter Kooperativen umdirigiert, welche die Ware zu Höchstpreisen verkauften.

Wenn die Bevölkerung sich beschwerte, der gesamte Handel gerate allmählich in die Hand von Spekulanten und Gaunern, verkrochen sich die Ortsbonzen listig hinterm großen Steuermann Gorbatschow im fernen Moskau: Dessen Reformen seien es ja, die privates und genossenschaftliches Wirtschaften erstmals seit den zwanziger Jahren wieder legalisiert hätten.

Anteilseigner der Kooperativen – und damit Nutznießer der Schiebung – waren oft Gastarbeiter von jenseits des Kaspischen Meeres: Aserbaidshaner und vor allem Lesgier aus der autonomen Sowjetrepublik Dagestan. Obwohl sie sunnitische Moslems wie die einheimischen Kasachen sind, erregten die zugewanderten Glaubensbrüder wegen ihres kommerziellen Geschicks alsbald Ärger und Neid. Mit genug Geld in der Tasche für all jene Bestechungen, mit denen sich der sowjetische Alltag erträglicher machen läßt, stieg diese Gruppe rasch zur Oberschicht in West-Kasachstan auf. Ihr Sammelname „Kaukasier“ geriet bei den Kasachen zum Schimpfwort und Haß-Auslöser.

Als aufgebrachte kasachische Jugendliche, viele von ihnen arbeitslos, die meisten mit mangelnder Schul- und Berufsausbildung, in den vergangenen

beiden Wochen meuternd und marodierend nach Schuldigen für ihre Misere suchten, ließen sie ihre Wut zumeist an Lesgiern aus. Deren Autos und Geschäfte gingen in Flammen auf. Eine junge Einwanderin, Mutter von zwei Kindern, wußte sich nur mit Schüssen gegen den Mob zu wehren.

Hunderte von Kaukasiern sind inzwischen aus dem Unruhegebiet geflüchtet.

Aserbaidshanische Ingenieure, die das Stammpersonal bei der Erdölförderung stellen, schickten ihre Familien nach Hause und gehen nur noch in geschlossenen Trupps zur Arbeit.

Gerade der Aufstand von Nowy Usen beweist, daß die Spannungen kaum auf religiöse Gegensätze zurückgehen, wie in Moskau manchmal behauptet wird, und auch kaum nationalistische Ursachen haben, wie westliche Spekulationen oft lauten. Sie sind vielmehr Folge von jahrzehntelang verdrängten sozialen Problemen, die allen Völkern der Sowjet-Union, von den Russen bis zu den Eskimos, gleichermaßen zu schaffen machen.

Ein kasachischer Soziologe hält das Aufbegehren gar für ein gutes Zeichen „erster demokratischer Regungen“. Das Volk wolle „sein soziales Schicksal mitbestimmen“ und wünsche „neue Führer, die sich an die Spitze dieser Bewegung stellen, statt nur ihre Privilegien durch Moskau oder die Mafia oder durch beide zugleich absichern zu lassen“.

Parteiobere in Alma-Ata scheinen die Botschaft verstanden zu haben. Spekulantenringe wurden zerschlagen, belastete Lokalpolitiker gefeuert, Arbeitsbeschaffungs- und Sozialprogramme in

aller Eile beschlossen. Auch Moskau versprach inzwischen unter dem Druck der Ereignisse, das lange angekündigte und immer wieder verschobene ZK-Plenum zu Nationalitätenfragen für Ende Juli einzuberufen.

Die Zeit drängt. Schon sind 20 000 Angehörige der insgesamt 340 000 Mann starken Sondertruppen des sowjetischen Innenministeriums an inneren Unruhe-Herden stationiert – vom armenischen Jerewan übers aserbaidshanische Baku und Berg-Karabach bis nach Usbekistan und Kasachstan.

„Wenn die soziale Umgestaltung nicht bald eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards bringt“, fürchtet ein innenpolitischer Experte des neuen Sowjet-Parlaments, „werden wir bald dastehen wie ein Mann, dessen Teekanne elf Löcher hat, die er mit zehn Fingern zuhalten soll.“

KUBA

Letzter Gedanke

In Havanna wurden sieben Militärs wegen Drogenhandels verhaftet. Das Verfahren erinnerte an Stalins Schauprozesse.

Kuba hat eine untadelige Rauschgiftbilanz“, prahlte Fidel Castro, wenn die US-Drogenfahndungsbehörde DEA sein Land als Umschlagplatz im Kokainhandel zwischen Kolumbien und den USA nannte: „Ich weiß von keinem kubanischen Staatsdiener, der in Drogengeschäften verwickelt ist.“ Nun verbreitet Havanna eine andere Wahrheit.

Mitte Juni verkündete Fidels Bruder, Verteidigungsminister Raúl Castro, in einer zweieinhalbstündigen Rede vor 1200 Offizieren, die Regierung habe einen Ring von Drogenhändlern ausge-



General Ochoa vor Ehrengericht: „Kein Recht mehr zu leben“

hoben. Drei hohe Funktionäre und vier ihrer Mitarbeiter wurden verhaftet.

Entgegen jedem Brauch im streng kontrollierten Revolutionsstaat berichteten die Medien ausführlich über den Skandal, das Parteiorgan „Granma“ erhöhte gar seine Auflage. Die Kampagne war nötig, um den erstaunten Kubanern beizubringen, warum Männer aus dem engsten Kreis um die Brüder Castro plötzlich als gesinnungslose Schurken angeprangert wurden: General Arnaldo Ochoa Sánchez, 57, bis vergangenes Jahr Oberkommandierender der kubanischen Truppen in Angola und seit 1984 als einer von nur fünf Offizieren mit dem Ehrentitel „Held der Republik“ ausgezeichnet, dazu Brigadegeneral Patricio de la Guardia und dessen Zwilingsbruder Oberst Antonio, beide mit

die Möglichkeiten ersann, das US-Handelsembargo zu umgehen – ein erstaunliches Eingeständnis der kubanischen Regierung. Medikamente, Laborgeräte, Computer, Zubehör für US-Apparate, „alles was für unser Land nützlich ist“ (so „Granma“), transportierten die Brüder auf geheimen Kanälen. Auch Kokain, behauptet die Anklage jetzt.

Der Stoff sei als High-Tech-Material deklariert und von Kolumbien an die Nordküste Kubas geflogen worden. Die Maschinen hätten den in phosphoreszierende Plastiksäcke verpackten Schnee über kubanischen Gewässern abgeworfen. Schnellboote aus dem nur 200 Kilometer entfernten Florida hätten dann die Ware aufgefischt und in die USA geschafft.

vor der Verhaftung Ochoas hatte die Bush-Regierung sich besorgt geäußert, Drogenfahnder hätten eine Häufung von verdächtigen Schiffs- und Flugbewegungen um die Zuckerinsel registriert.

In den vergangenen Monaten war Fidel Castro durch US-Ermittlungen in die Enge getrieben worden. Seit Februar verhandelt ein Gericht in Miami gegen den gebürtigen Kubaner Reinaldo Ruiz und seinen Sohn Rubén wegen Drogenhandels. Peinlich für den Diktator: Die Angeklagten gaben an, ihre Flugzeuge seien auf Militärflughäfen gelandet, Kubas Küstenwache habe ihre Schnellboote auf dem Weg nach Florida beschützt. 400 000 Dollar Bestechungsgelder wollen sie an kubanische Beamte gezahlt haben. „Das Geld ging in Fidels Schublade“, behauptete Rubén.

An der „Cuban Connection“ nimmt die DEA schon seit langem Anstoß. 1982 kamen vor einem Gericht in Miami Einzelheiten heraus: Vier hohe kubanische Funktionäre wurden in Abwesenheit verurteilt, weil sie seit 1979 einen Rauschgiftweg von Kolumbien über Kuba aufgebaut hatten. Ein ehemaliger Agent des kubanischen Geheimdienstes DGI, Mario Estévez González, sagte aus, daß 400 DGI-Agenten am Schmuggel beteiligt seien.

Die Kontakte zu den Drogenbossen knüpfte Fernando Ravelo Renedo, damals Botschafter in Bogotá. Ravelo, heute Vertreter Kubas in Nicaragua, soll am vorletzten Wochenende in aller Stille nach Havanna zurückbeordert worden sein. Der damals von den US-Richtern ebenfalls für schuldig befundene Vizeadmiral der kubanischen Marine, Aldo Santamaría Cuadrado, saß jetzt mit zu Gericht über General Ochoa.

Wenn die US-Vorwürfe zutreffen und so viele Beamte Castros in die Cuban Connection verwickelt sind, dann kann die spektakuläre Aktion gegen Ochoa kaum mehr als ein Ablenkungsmanöver sein. „Fidel Castro selbst ist der Drahtzieher des Rauschgifthandels“, sagt denn auch sein ehemaliger Mitkämpfer Huber Matos in Caracas. Ohne Wissen des Máximo Líder könne in Kuba niemand solche Geschäfte machen.

Als im Februar 1988 ein Gericht in Miami Panamas starken Mann Antonio Noriega der Verwicklung in Drogengeschäfte anklagte, war Fidel Castro schon einmal ins Gerede gekommen. Ein langjähriger Vertrauter von Noriega erzählte, der kubanische Staatschef habe 1984 persönlich einen Streit zwischen den Medellín-Bossen und Noriega geschlichtet.

Damals hatte Havanna entrüstet dementiert. Wenn die Regierung jetzt mit soviel Aufhebens eine Drogenaffäre auf höchster Ebene enthüllt, liegt die Vermutung nahe, politische Motive seien im Spiel. General Ochoa, der schon als künftiger Verteidigungsminister gehandelt wurde, war bei seinen Soldaten sehr beliebt. Raúl Castro bezichtigte



Staatschef Castro, Bruder Raúl: Exemplarische Bestrafung verlangt

hohen Ämtern im Innenministerium betraut.

Vorige Woche stand General Ochoa vor einem militärischen Ehrengericht, besetzt mit 47 hohen Offizieren: Praktisch das gesamte Oberkommando der Streitkräfte sollte bei seiner Verurteilung mitwirken, um eine Solidarisierung der Kameraden mit dem Angeklagten zu verhindern.

Dem General wurde vorgeworfen, seit 1986 sechs Tonnen Kokain und Marihuana vom kolumbianischen Drogenkartell aus Medellín übernommen und für mindestens 3,4 Milliarden Dollar in die USA geschleust zu haben. In den Wohnungen der Verhafteten, bei ihren Freunden und Verwandten sollen 1,1 Millionen Dollar gefunden worden sein.

Organisatoren des Schmuggels, so berichtete „Granma“ detailreich wie ein Kriminalroman, seien die Brüder de la Guardia gewesen. Sie leiteten seit 1982 eine Abteilung im Innenministerium,

Vor dem Militärtribunal bekannte Ochoas engster Mitarbeiter, Hauptmann Jorge Martínez Valdés, er habe im vergangenen Mai auf Ochoas Befehl den Boß des Kokainkartells, Pablo Escobar, in Medellín getroffen. Bei einem Gegenbesuch auf Kuba seien die Kolumbianer im Gästehaus der Regierung untergebracht gewesen, „mit Mercedes-Benz“.

Darüber hinaus lasteten Zeugen dem General an, er habe in Angola Versorgungsgüter der Truppen auf dem Schwarzmarkt gegen Dollar, Diamanten und Elfenbein getauscht. Angeblich habe der Angeklagte 200 000 Dollar auf ein Privatkonto in Panama geschoben.

Verteidigungsminister Raúl Castro verlangte „exemplarische Bestrafung“ und empfahl Ochoa, seinen Kindern eine Selbstkritik zu hinterlassen, denn „er ist nicht mehr zu retten“.

In Washington wurde die überraschende Inszenierung von Havanna mit Wohlgefallen beobachtet. Noch am Tag

ihn nun eines „hemmungslosen Populismus“ und erwähnte auch „ideologischen Dissens“.

So diente die Drogengeschichte – ob Ochoa nun daran beteiligt war oder nicht – wahrscheinlich nur als Vorwand für eine Säuberung in hohen Militärkreisen. Gleichzeitig wollte sich Fidel Castro wohl von jedem Verdacht der Komplizenschaft mit Rauschgifthändlern reinwaschen.

Wie die Angeklagten in Stalins Schauprozessen bekannte sich General Ochoa vergangene Woche vor dem Militärtribunal schuldig. In einer Selbstbeziehung, übertragen vom staatlichen Fernsehen, bat er um strengste Bestrafung: „Ich habe kein Recht mehr zu leben.“

Ochoa – in Uniform mit allen Ehrenzeichen – richtete dabei die Augen entweder zur Decke oder auf den Boden, während er sein eigenes Todesurteil sprach: „Wenn ich vor ein Erschießungskommando gestellt werden sollte, wird mein letzter Gedanke Fidel gelten und der großen Revolution, die er unserem Volk geschenkt hat.“

POLEN

Schlauer Verzicht

Polens Parteichef Wojciech Jaruzelski will auf seine Kandidatur zum Staatspräsidenten verzichten – das Risiko durchzufallen ist ihm zu groß.

Nach am Freitag nachmittag waren ein paar hundert Studenten zur Warschauer Universität gezogen und hatten für die Wiedenzulassung ihres „Unabhängigen Studentenverbandes“ demonstriert. Angeführt wurde der Zug von Kommilitonen, die ein riesiges Transparent trugen mit der Aufschrift: „Jaruzelski muß weg!“

Wenige Stunden später, das ZK der polnischen Kommunisten tagte hinter verschlossenen Türen, verbuchten die Studenten einen Teilerfolg: Parteichef General Wojciech Jaruzelski, 66, Präsident des polnischen Staatsrates in Personalunion, verzichtete darauf, für das neugeschaffene Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Vor den verblüfften Genossen, die sich wie immer in der jüngsten Vergangenheit erregt um den rechten Weg des polnischen Kommunismus stritten, gab der General mit gewohnt steinerter Miene seine Entscheidung bekannt.

Er wolle, so Jaruzelski, mit seiner Person kein Hindernis für die nationale Verständigung sein. Die Bevölkerung verbinde nun einmal seinen Namen mit dem Kriege und weniger mit den von ihm eingeleiteten Reformen. „Deshalb habe ich meinen Entschluß im Gefühl der Verantwortung für Polen und meiner Würde als Soldat und als Mensch getroffen.“

Zugleich schlug Jaruzelski dem ZK die neuen Kandidaten einen seiner engsten Getreuen und Parteigänger vor: General Czeslaw Kiszczak, 63, polnischer Innenminister und Chef der Geheimpolizei und Miliz. Doch die Genossen baten Jaruzelski, seinen Entschluß noch einmal zu überdenken.

Mit dem schlaun Verzicht, so jedenfalls der Eindruck der meisten Polen, will der steife Offizier mit der dunklen Brille einer erwarteten Blamage und damit dem möglichen Ende seiner politischen Karriere zuvorgekommen.

Denn daß „Polens bestgehafter Mensch“, so die Anführer der wieder zugelassenen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“, bei der ersten gemeinsamen Wahl von Parlament und neugeschaffenem Senat genügend Stimmen bekommen kann, hielten die Sprecher der Opposition schon seit Tagen für höchst zweifelhaft.



Resignierter Kandidat Jaruzelski
„Würde als Soldat und Mensch“

Bei den Erdrutsch-Wahlen im vorigen Monat hatte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) katastrophal abgeschnitten: Nicht einer ihrer Kandidaten war in den hundertköpfigen Senat gewählt worden, und im Parlament hatte die PVAP erst im zweiten Anlauf jene 65 Prozent der Sitze erringen können, die ihr nach den Absprachen mit der Opposition vorher am „Runden Tisch“ zugesprochen worden waren.

Die Opposition hingegen hatte einen glänzenden Wahlsieg errungen: im Senat bis auf einen alle Sitze erobert und im Sejm alle nur möglichen Kandidaten durchgebracht (161 Sitze).

So ist die notwendige Mehrheit für die Wahl zum Staatspräsidenten nicht mehr sicher, um so mehr, als der Kriegegeneral auch in seiner eigenen Partei nicht nur Freunde hat.

Der ungeliebte Parteichef, der sich nur ungern als „Genosse“ anreden läßt, ist

unter den Apparatschiks und Technokraten in der Spitzenriege der polnischen KP immer ein Fremdling geblieben, der die proletarische Massenorganisation am liebsten wie ein Regiment geführt hätte.

Der Sohn eines Kleinadligen und Lehrers aus der Wojwodschaft Lublin war bei Kriegsausbruch zusammen mit seinen Eltern von den Sowjets nach Westsibirien verschleppt worden, gleichwohl meldete sich Wojciech Jaruzelski 1943 bei der in der Sowjet-Union aufgestellten polnischen Armee, um gegen die Nazis zu kämpfen. Nach dem Krieg stieg der junge Offizier 1956 zum jüngsten polnischen General auf, weil er, wie er später erzählte, „wußte, was Befehl und Gehorsam war“.

Fortan waren polnische Krisen die Sprossen seiner Karriereleiter: Nach dem Studentenaufstand 1968 zum Verteidigungsminister ernannt, nach dem Sturz von Parteichef Gomulka 1970 ins Politbüro gewählt, wurde der General im Krisenjahr 1981, als die polnische KP von der Volksbewegung der Gewerkschaft „Solidarität“ hinweggeschwemmt zu werden drohte, Premier.

Er ließ im Dezember 1981 die Armee gegen Arbeiter und Bürger marschieren und Zehntausende von Polen, die anderer Meinung waren und Bürgerverantwortung und Mitbestimmung forderten, in Straflagern isolieren.

Verstanden hat er seinen großen Gegenspieler, Arbeiterführer Lech Walesa, erst, als er ihn für die Rettung der maroden Partei und der kaputten Wirtschaft dringend brauchte: „Das Volk hört auf ihn“, gab er verwundert zu.

Auch der Mann, der nun antreten soll, um das Amt des Staatspräsidenten für die PVAP zu retten, ist ein Militär: Czeslaw Kiszczak, 63, seinem Vorgesetzten Jaruzelski lange blind ergeben, hat sich erst in den letzten Monaten von seinem Vorbild freigemacht.

Als einer der Initiatoren der Gespräche am „Runden Tisch“ und als fairer Gegenspieler von Walesa hat er, so jedenfalls hofft die Partei, so viel eigenes Profil gewonnen, daß die Chancen seiner Wahl nicht ganz aussichtslos sind. Freilich: Bei den Sejm-Wahlen war auch Kiszczak durchgefallen.

Immerhin gilt General Kiszczak nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei der Bevölkerung als ein Mann, dem man vertrauen kann.

Und noch ein Rücktritt zeichnete sich am Freitag abend in der ZK-Diskussion ab: Regierungschef Mieczyslaw Rakowski, 62, engster Vertrauer von Jaruzelski und für den Sejm nicht gewählt, hat in einem Brief das ZK gebeten, ihn nicht mehr als Kandidaten für den Sessel des Premiers zu küren. Als Nachfolger schlug er den Wirtschaftsprofessor Wladyslaw Baka, 53, vor: „ein Fachmann, den Polen in seiner schweren Krise dringend braucht.“